

eine viel grundlegendere Dimension angesprochen wird. Zum anderen diskutiert *Geißel* in all ihren Kapiteln ausführlich den entsprechenden Forschungsstand und leitet ihre Hypothesen und die damit verbundenen Indikatoren aus den vorhandenen theoretischen Konzepten ab. Zudem weist sie an den entsprechenden Stellen auf die Problematiken bei der Operationalisierung mancher Indikatoren (Validität, fehlende Indikatoren) hin und schafft mittels eines ausführlichen Anhangs eine entsprechende Nachvollziehbarkeit fast aller diskutierten Analysen.

Manchmal jedoch werden im Text empirische Befunde diskutiert ohne dabei die entsprechenden Zahlen in Tabellenform – auch nicht im Anhang – zu liefern (z. B. in Kap. 2.2), was die konkrete Überprüfbarkeit etwas erschwert. Ferner wären in Kap. 4.3.3 die genaueren Beschriftungen der Grafiken (S. 149, 150) hilfreich gewesen um die betrachteten Länder auch ihrer visuellen Entsprechung in den Abbildungen zuordnen zu können. Diese Kritikpunkte sind jedoch marginal im Vergleich zum Gesamteindruck des Bandes.

*Geißel* weist in ihrem Ausblick auf mögliche weiterführende Untersuchungen hin, insbesondere im Hinblick auf die Weiterentwicklung und Verfeinerung des Kritik-Konzepts sowie der Erprobung neuer Indikatoren (S. 165–166). Es bleibt zu hoffen, dass die Community diese Vorschläge aufgreift und das Konzept der Kritikbereitschaft in zukünftige Datenerhebungen und Studien aufnimmt.

*Christoph Mohamad*

Stoiber, Michael. 2011. *Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratietheorie*. Baden-Baden: Nomos. 393 S., € 64,-.

Seit einiger Zeit lässt sich in der empirischen Demokratiemessung eine Entwicklung weg von der ordinalen Unterteilung von Nationalstaaten in Demokratien und Autokratien hin zur Fokussierung auf die Qualität etablierter Demokratien beobachten. Nicht mehr die Frage, ob es sich bei einem Land um eine Demokratie, eine defekte Demokratie oder eine Autokratie handelt, steht dabei im Zentrum. Vielmehr liegt das Augenmerk auf der Frage, wie demokratisch ein Land ist – also wie es um die Qualität der Demokratie in einem etablierten demokratischen Regierungswesen bestellt ist.

Ein interessanter Beitrag zum Fortschritt dieser Entwicklung ist die Habilitationsschrift von *Michael Stoiber*. Das Ziel des Buches, nämlich „die Diskussion um die Messung demokratischer Qualität insbesondere demokratischer Staaten zu bereichern“, kann dabei als vollumfänglich erfüllt betrachtet werden. Zwar ist die theoretische Grundlegung phasenweise recht langatmig geraten und die empirischen Resultate müssen noch als vorläufig betrachtet werden, dennoch stellt die Idee eines kontextualisierten Maßes demokratischer Qualität eine interessante Erweiterung dar.

Die Ausgangsthese – gleiche institutionelle Settings entfalten in verschiedenen Ländern unterschiedliche Wirkungen und ihre Qualität muss entsprechend kontextabhängig betrachtet werden – leuchtet unmittelbar ein: Verschiedene gesellschaftliche Strukturen benötigen adäquate Beteiligungsoportunitäten und die demokratische Qualität kann nur dann hoch sein, wenn dieses Angebot optimal den Bedürfnissen einer Gesellschaft ange-

passt ist. Mit seinem Buch liefert *Michael Stoiber* die konzeptionelle und methodische Umsetzung dieses Soll-Ist-Tests.

Die erste Hälfte des Buches dient der theoretischen Grundlegung. Es handelt sich dabei um eine wenig bereichernde, diachrone Aufarbeitung demokratietheoretischer Positionen von Aristoteles bis Dahl sowie eine Zusammenstellung unterschiedlicher Vorschläge zur Demokratiemessung, die ebenfalls nur teilweise über eine reine Aufzählung hinaus geht. Der Nutzen dieser umfangreichen Grundlegung ist gering, sowohl für die Herleitung des Demokratieverständnisses des Autors (Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, vollzogen mittels effektiver Beteiligung an kollektiven Entscheidungen) und dessen Definition von Demokratiequalität (abhängig von Effektivität der Prozesse) im Speziellen, als auch für die empirische Demokratieforschung im Allgemeinen. Ausnahmen bilden die Argumente, mit denen sich *Michael Stoiber* gegen neuere Strömungen absetzt. Fruchtbar sind etwa die Diskussion über die Bedeutung von ‚Kontrolle‘ für die Demokratie (S. 109 ff.) oder die Kritik am Vorschlag der Qualitätsmessung von *Diamond* und *Morlino* (2004; S. 173 ff.). Im Gegensatz zum NID (Lauth 2004) oder zum Demokratiebarometer (Bühlmann et al. 2011) stellt Kontrolle für *Michael Stoiber* keine eigene Dimension von Demokratie dar, sondern lediglich ein Kriterium zur Überprüfung des demokratischen Prozesses. Der Vorwurf, dass *Diamond* und *Morlino* mit ihrem Vorschlag lediglich eine semantische Ersetzung des Konzeptes Demokratie durch Demokratiequalität vornehmen, ist stichhaltig. Dies dürfte mit ein Grund sein, weshalb *Diamond* und *Morlino* (2004) in der Demokratiemessung zwar häufig zitiert, ihre Vorschläge aber noch kaum empirisch umgesetzt werden.

Im zweiten Teil des Buchs wird das ‚kontextualisierte Modell‘ beschrieben. Ausgangslage bilden der gesellschaftliche und der institutionelle Kontext. Gesellschaftliche Heterogenität wird dabei als absolut zentral betrachtet, geht es doch letztlich darum, Beteiligungsformen zu wählen, die es vorzugsweise allen Minderheiten ermöglichen, am Entscheidungsprozess teilzunehmen. Aus der gesellschaftlichen Heterogenität leitet sich also letztlich der Bedarf an spezifischen Institutionen ab. Der Autor bestimmt Heterogenität mit Hilfe ethnischer Minderheiten (territorial und nicht territorial) und mit den wichtigsten gesellschaftlich-politischen Konfliktlinien. Je nach Größe und Anzahl der Minderheiten und je nach Grad an Segmentierung ergeben sich unterschiedliche institutionelle Erfordernisse, die von Verhältniswahlssystemen über territoriale Autonomie bis hin zu Vetorechten und qualifizierten Mehrheiten reichen.

Die gesellschaftliche Heterogenität beeinflusst auch die institutionelle Komplexität und den Grad an Informalisierung. Je komplexer die Entscheidungssysteme sind (horizontale und vertikale Aufteilung von Entscheidungen, unterschiedliche Bereiche), desto differenzierter müssen die Beteiligungsmöglichkeiten sein. Und: je informeller die Entscheidungsfindung organisiert ist, also je weniger stark die politische Elite in ihren Entscheidungen an den Demos gebunden ist (z. B. durch intransparente informelle oder korporatistisch organisierte Entscheidungsinstanzen), desto eher sind direktdemokratische Instrumente von Nöten, weil diese eine nachträgliche Kontrolle und eine ex-post Input-Legitimierung ermöglichen.

Um demokratische Qualität bestimmen zu können, muss schließlich nicht nur das Vorhandensein der durch die unterschiedliche gesellschaftliche Heterogenität bedingten Institutionen geprüft werden, sondern auch deren effektives Funktionieren. Das Modell wird dabei erweitert durch die Idee der Dominanzstrukturen, die – neben Mängeln der Rechts-

staatlichkeit und Einschränkungen von Partizipationsmöglichkeiten – die Wirksamkeit der vorhandenen Strukturen einschränken. Das Ausmaß an Dominanz wird dabei anhand der Versäulung innerhalb einer Gesellschaft, der gesellschaftlichen Stärke der Parteien sowie des Grades an Politisierung der Medien bestimmt.

Das Modell wird zweifach komplettiert. Erstens werden Migrant/innen ohne Beteiligungsrechte nicht als gesellschaftliche Minderheiten betrachtet; die Erschwernis des Erwerbs dieser Rechte qua Staatsbürgerschaft wird aber trotzdem als demokratiequalitätsmindernd betrachtet und vorgelagert als Malus eingebaut. Zweitens werden Gewichtungsfaktoren einbezogen, die der kontextuell unterschiedlichen Bedeutung der einzelnen institutionellen Elemente für politische Entscheidungen gerecht werden sollen. Diese Gewichtungen nimmt *Michael Stoiber* allerdings nicht selbst vor, sondern verweist auf Länderexperten, die bei der zukünftigen Anwendung des Modells eine wichtige Rolle spielen sollen.

Die einzelnen Elemente werden formalisiert und letztendlich zum Qualitätsindikator KDQ (kontextualisierte Demokratiequalität) aggregiert. *Michael Stoiber* liefert hier eine komplexe Formel, mit deren Hilfe er dann einen ersten Anwendungstest für zehn Länder durchführt. Dieser bleibt allerdings auf dem Niveau eines Pre- und Plausibilitätstests, da für einzelne Elemente valide Maße fehlen oder aber Expertenwissen von Nöten wäre. Der Autor verweist auf die Vorläufigkeit dieses Tests und unterlässt es dann auch konsequenterweise, die Resultate, die sich aufgrund der fehlenden Expertengewichtung nur in einem Range zwischen möglichem Maximal- und Minimalwert angeben lassen, eingehend zu diskutieren. Hervorzuheben ist hier jedoch, dass Großbritannien, die USA und die Schweiz besser abschneiden als etwa Finnland und Schweden, was den meisten (wenn auch noch spärlichen) Befunden der Demokratiequalitätsmessung eher widerspricht und durchaus Stoff für weiterführende Diskussionen liefert.

Freilich soll ein Modell nicht anhand seiner Resultate kritisiert werden; sind es doch in der Regel Befunde, die gegen scheinbare Konventionen verstoßen, mit denen sich die interessantesten konzeptionellen und theoretischen Diskussionen führen lassen. Allerdings seien mir doch mindestens drei kritische Anmerkungen erlaubt.

Erstens: Mit dem kontextualisierten Modell will *Michael Stoiber* einem fundamentalen Problem der Demokratiemessung begegnen, das *Abromeit (2002)* mit dem Begriff ‚naturalistischer Fehlschluss‘ umschreibt. Die klassische Demokratiemessung orientiert sich an einem konkreten Idealmodell, das sich institutionell mehr oder weniger eng umreißen lässt. Die empirischen Gegebenheiten werden dann diesem Abziehbild mehr oder weniger gerecht und werden entsprechend bewertet. Die Stoibersche Fundamentalkritik an diesem Vorgehen, dass weder der Bedarf an noch die Wirkung von Institutionen überall gleich seien, ist zwar unmittelbar einleuchtend, löst aber das eigentliche Problem nicht, sondern verschiebt es nur auf eine andere Ebene.

Auch das kontextualisierte Modell geht von einer Idealvorstellung aus, die sich eng an die Idee der Konsensdemokratie Lijphartscher Prägung anlehnt: Minderheiten können sich nur politisch beteiligen, wenn ihnen spezielle, auf sie zugeschnittene Opportunitäten eingerichtet werden. Diese Prämisse kann aber durchaus hinterfragt werden: territorial konzentrierte Minderheiten, denen Autonomierechte gewährt werden, können zwar auf subnationaler Ebene mitentscheiden, ziehen sich aber aus den nationalen Debatten zurück. Ob so zustande kommende Parallelgesellschaften tatsächlich ein Zeichen

für Demokratiequalität sind, lässt sich zumindest diskutieren. Darüber hinaus hängt das Modell sehr stark von der Definition von Minderheiten ab. Die Konzentration auf ethnische Minderheiten macht zwar Sinn, kann aber nicht abschließend sein. Es lassen sich zahlreiche strukturelle Minderheiten denken, denen ebenfalls systemisch die Chance zur effektiven Beteiligung verwehrt wird. Dabei ist nicht primär an die Verweigerung von politischen Rechten zu denken (z.B. Frauen in der Schweiz bis 1971), sondern insbesondere an Individuen ohne wichtige Beteiligungsressourcen: Junge, arme und weniger gebildete Individuen zeigen sich in der Partizipationsforschung immer wieder als beteiligungsresistent. Es ist dabei durchaus auch empirisch umstritten, ob diesen Minderheiten geholfen ist, wenn zusätzliche Opportunitäten geschaffen werden (Kriesi 2005).

Darüber hinaus gibt es in Demokratien auch politische Minderheiten, deren spezifische Präferenzen sich nicht mittels ethnischer Grenzen dingfest machen lassen, die aber ebenfalls Bedarf an Beteiligungsstrukturen hätten, der mit den vom Autor erhobenen Instrumenten nicht gedeckt sein dürfte. Hier dürfte direkter Demokratie eine durchaus prominentere Funktion zukommen als lediglich Kontrollzwecken zu dienen (siehe nachfolgend). Schließlich ist auch die Verrechnung der Staatsbürgerschaft zu hinterfragen. Wenn der Autor in seiner Demokratiedefinition von Betroffenheit ausgeht, so ist es nicht konsequent, Migrant/innen nicht als Minderheiten zu betrachten. Gerade diese Bevölkerungsgruppen dürften entsprechend Bedarf an effektiven Beteiligungsmöglichkeiten haben.

Zweitens: Die Idee, direkte Demokratie als eine nachgelagerte Kontrollmöglichkeit und eine ex-post Legitimation zu betrachten, ist interessant und im Sinne des Autors auch konsequent, will sich *Michael Stoiber* doch von der normativen Debatte um sachunmittelbare Partizipation explizit lösen und sich von der Uridee *Abromeits* (2004; vgl. dazu auch die Replik von *Fuchs* 2004 auf *Abromeit* 2004) distanzieren, bei der direkte Demokratie als effiziente Möglichkeit für eine effektive Beteiligung an kollektiven Entscheidungen betrachtet wird.

Die Verengung der direkten Demokratie auf ihre Kontrollfunktion macht jedoch eine wichtige Erweiterung der kontextuellen Idee unmöglich. Direkte Demokratie hat auch eine wesentliche Ventilfunktion (*Linder* 2005): fallweise Minderheiten dürften einen Bedarf an direkter Demokratie als zusätzlicher Beteiligungsopportunität haben, die – so zeigen verschiedene Beispiele in der Schweiz, zumindest ab und zu – auch die Umgehung von bestehenden Dominanzstrukturen erlaubt. Dem kontextualisierten Modell ist allerdings zugute zu halten, dass es als einziges bisheriges Messmodell direktdemokratische Institutionen überhaupt konsequent mit einbindet.

Drittens: Über die Operationalisierung verschiedener Konzepte zu streiten, ist müßig. Einige Zuordnungen von Werten zu den einzelnen Elementen im Pretest wirken aber teilweise (noch) sehr handgestrickt. Hier auf in der Demokratiemessung eher umstrittenes, zukünftig einzubauendes Expertenwissen (*Bollen und Paxton* 2000) zu verweisen, dürfte das Problem allerdings nur bedingt lösen.

*Michael Stoiber* erreicht sein gestecktes Ziel. Trotz oder vielleicht auch gerade wegen der kritischen Punkte regt er die wissenschaftliche Diskussion an und erweitert die empirische Demokratiemessung um einen wichtigen Beitrag.

*Marc Bühlmann*